

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Bau- und Entwicklungsausschuss	05.09.2024	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	14:30 - 20:34 Uhr

Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführer

Bürgermeisterin Bauernschmitt nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung die Verpflichtung von Herrn Parti, Herrn Dr. Ulonska, Herrn Schendera, Herrn Riedle, Herrn Blass und Herrn Schacht vor.

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass TOP 4 als TOP 14 behandelt werde. Im nichtöffentlichen Teil werde eine Information im Zusammenhang mit der Vergabe erteilt. Es werden keine Ausführungen zu dem pädagogischen Konzept erfolgen.



Tagesordnung:Öffentliche Sitzung:

- 1 Fortschreibung Einzelhandelskonzept Ludwigshafen
hier: Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
- 2 Bebauungsplan Trift, Änderungsplan III
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB und Billigung des Bebauungsplanes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i. V. m. § 13 a BauGB
- 3 Süderweiterung Gewerbegebiet Bruch
hier: Aktueller Sachstand
- 4 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2024
"Fahrradfahren auf dem Römerplatz im Sommer untersagen"
- 5 Informationen
 - Agri PV
 - Therme
 - Förderung Balkonkraftwerke
- 6 Anfragen
- 14 Kindergarten Leistadt
hier: Vergabe der Heizungsarbeiten

Anwesenheitsliste

Bau- und Entwicklungsausschuss

vom 05.09.2024

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Beigeordnete:Güther, Claudius
Strobel, Angelaab 17:14 Uhr
bis 16:04 Uhr, TOP 4, ab 18:44 UhrCDU:Blass, Peter
Hoffmann, Gisela
Kalbfuß, Thomas
Riedle, Stefan
Schendera, Patrick
Schneeganß, Peter
Zaczekiewicz, Jana

Vertretung für Herrn Markus Wolf

Vertretung für Herrn Alexander Hanke

Vertretung für Frau Christine Michler

SPD:Brust, Karl
Lang, Ralf
Müller, Beate

Vertretung für Herrn Alexander Brust

FWG:Freunscht, Jürgen
Günther, Axel G.
Parti, ArunFDP:Brodhag, Peter
Schacht, Thorsten

Vertretung für Frau Petra Dick-Walther

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:Hagen, Judith
Mühlbeier, Ralph
Ulonska, Armin, Dr.-Ing.Verwaltungsmitarbeiter:Müller, Petra
Petry, Dieter
Wietschorke, SteffenSchriftführer:

Wey, Mathias

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Fortschreibung Einzelhandelskonzept Ludwigshafen
hier: Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 2024/0179/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert den Sachverhalt. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Zum Entwurf des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Ludwigshafen am Rhein werden keine Bedenken und Anregungen vorgebracht, da die Belange der Stadt Bad Dürkheim hiervon nicht berührt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 2:

Bebauungsplan Trift, Änderungsplan III

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB und Billigung des Bebauungsplanes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i. V. m. § 13 a BauGB

Vorlage: 2024/0181/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein. Frau Müller erläutert, dass für die Nachverdichtung des Grundstücks zunächst Baurecht geschaffen werden müsse. Nach der Rechtskraft des Bebauungsplans würden die Architektenleistungen voraussichtlich europaweit ausgeschrieben werden. Der Bebauungsplan enthalte bewusst wenige Festsetzungen, da die Stadt Eigentümerin der Fläche sei. Durch die Eigentumsverhältnisse sei sichergestellt, dass die Stadt die Planungshoheit über die Fläche habe und jederzeit Herrin des Verfahrens sei.

Herr Mühlbeier stellt in Frage, ob das Mansardendach kostengünstig sei. Frau Müller erläutert, dass durch diese Dachform der Baukörper besser strukturiert und die Nachbarschaft weniger beeinträchtigt werde. Der Firstpunkt rücke hierdurch zurück. Die geringfügig höher ausfallenden Baukosten können vertreten werden.

Auf dem Gelände seien ca. 40 Wohnungen geplant. Eine Tiefgarage sei nach derzeitigem Stand nicht geplant. Eine Staffelung der einzelnen Gebäude könne durch die Planung des Architekten berücksichtigt werden. Die Stellplätze könnten auf dem Grundstück untergebracht werden. Eine Detailplanung erfolge mit dem zu beauftragenden Architekten.

Herr Parti weist auf die schalltechnische Belastung des Geländes hin und bittet dies in den entsprechenden Verfahrensschritten an die beteiligten Planer zu kommunizieren. Die Bauweise des geplanten Daches passe sehr gut zur schalltechnischen Emission.

Auf Nachfrage erläutert Frau Müller, dass die konkrete Ausgestaltung der Wohnungen in der Planung erfolgen werde. Die Anzahl der barrierefreien Wohnungen ergibt sich aus den Anforderungen der LBauO.

Herr Kalbfuß erkundigt sich, ob die Schaffung eines Radwegs durch den Bahndamm denkbar sei. Frau Müller erläutert, dass die Stadt Eigentümer des Grundstücks sei und dies bei passender Gelegenheit entsprechend eingeplant werden könne. Problematisch sei hierbei die Kommunikation mit der Deutschen Bahn, die der Unterquerung des Bahndammes zustimmen müsse, sowie die hohen Kosten.

Herr Lang begrüßt die Planung und die Schaffung von Wohnraum. Auf Nachfrage erläutert Herr Petry, dass je nach Priorisierung Ende des Jahres 2026 mit den ersten Bauarbeiten begonnen werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Brodhag erläutert Herr Petry, dass auch ein privater Investor das Grundstück später entwickeln könne. Zunächst solle das Bebauungsplanverfahren umgesetzt werden, danach würden die städtischen Gremien über den weiteren Prozess entscheiden. Das Konzept aus dem Jahr 2022 würde derzeit überarbeitet. Herr Brodhag wünscht sich eine aktuelle Kostenübersicht der aktuellen Wohnbauprojekte. Frau Müller schlägt vor, dass dies unabhängig des Bebauungsplanverfahrens erfolgen könne.

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Trift, Änderungsplan III wird gemäß §§ 2 i. V. m. § 13 a BauGB beschlossen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes wird zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i. V. m. § 13 a BauGB gebilligt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Ja: 19 , Nein: 0 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Süderweiterung Gewerbegebiet Bruch

hier: Aktueller Sachstand

Vorlage: 2024/0182/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt gibt einen Überblick über den aktuellen Sachstand. Es wird kurz auf die getroffene Eilentscheidung hinsichtlich der Durchführung von seismischen Messungen eingegangen, die den Stadtratsmitgliedern bereits bekanntgegeben wurde.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass eine unterschriftsreife Kooperationsvereinbarung vorliegen würde.

Bürgermeisterin Bauernschmitt begrüßt Herrn Weimann und Herrn Franzen der Fa. Vulcan Energie GmbH. Herr Weimann bietet an, dass die Fraktionen und Mitglieder der städtischen Gremien die Firma und die firmeneigenen Anlagen in Insheim bei Landau und bei Kandel besuchen könnten, um einen Überblick über die Prozesse zu bekommen.

Herr Weimann erläutert mit einer Präsentation die Bedeutung von Lithium für den Alltag und geht auf einzelne Prozesse der Lithiumförderung ein. Bad Dürkheim selbst sei ein optimaler Standort für eine Verarbeitungsstelle – eine Bohrstelle komme in Bad Dürkheim aufgrund der ungünstigen geologischen Voraussetzungen nicht in Betracht.

Herr Parti erkundigt sich, ob nach den 2-D Seismiken auch ein Projektstopp möglich sei. Herr Weimann erläutert, dass ein Projektstopp rein theoretisch denkbar sei und ein sehr geringes Restrisiko bestehen würde. In der Vergangenheit wurde bereits eine 2-D Seismik durchgeführt, die auf entsprechendes Potential schließen lassen würden. Es könne deshalb von einem ausreichendem Potential für den Standort Bad Dürkheim ausgegangen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Kalbfuß erläutert Herr Weimann, dass an dem Standort Bad Dürkheim weiterhin festgehalten werden würde. Mit anderen Kommunen im Umkreis sei man nicht in Gesprächen bezüglich einer Ansiedlung einer Verarbeitungsstätte. Die Fa. Vulcan Energie GmbH sei nur mit anderen Industriefirmen in Gespräch, die aber nicht über entsprechenden Flächenpotentiale verfügen.

Auf Nachfrage von AM Mühlbeier erläutert Herr Franzen, dass die benötigte Fläche kleiner ausfallen würde, als bei den bisherigen Planungsüberlegungen.

Herr Weimann erläutert auf Nachfrage von AM Hoffmann, dass einige Genehmigungsverfahren durchlaufen werden müssten. Mit dem Bau der Pipelines werde deshalb erst im Jahr 2028 begonnen. Sollten notwendige Genehmigungen bereits früher vorliegen, wird der Prozess selbstverständlich auch früher gestartet.

Dr. Ulonska führt aus, dass die Rohrleitungen auch Isolierungen notwendig seien. Die Rohrleitungsdurchmesser würden bis zu 1,5 Meter betragen. Auch können die Rohre nicht mit Weinbergen überbaut werden. Es wird hinterfragt, ob die Wärme auch effizient genutzt werden könnte; es werde eine erhebliche verbleibende Restwärme an die Umwelt abgegeben. Es wird befürchtet, dass sich die Umgebung hier noch weiter aufheize. Sinnvoll sei nach Ansicht der Vertreter der Fa. Vulcan, dass die produzierte Wärme auch von umliegenden Gemeinden abgenommen werden könne, damit die Effizienz erhöht werden kann.

Auf Nachfrage von AM Brust erläutert Frau Müller, dass ein Beschluss bestehe, wonach das Gewerbegebiet der Fa. Vulcan und der Fa. Pfalzwerke zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Fa. Pfalzwerke hätte sich aus dem Projekt zurückgezogen. Stattdessen möchte die Fa. KST ihre Betriebsfläche erweitern. Für die Stadt verbleibe ebenfalls eine restliche Gewerbefläche. Frau Müller erläutert, dass es auch im Interesse der Stadt läge, das Gebiet vor 2028 zu erschließen und teilweise zu bebauen.

Frau Bauernschmitt bedankt sich bei den Herren der Fa. Vulcan Energie GmbH für die Anwesenheit in der heutigen Sitzung.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag der SPD-Fraktion vom 30.04.2024

"Fahrradfahren auf dem Römerplatz im Sommer untersagen"

Vorlage: 2024/0185/2.3

Frau Bauernschmitt erläutert den Sachverhalt und die Beschlussvorlage.

AM Lang erläutert für die SPD-Fraktion den Antrag. Es komme häufig zu Konfliktsituation zwischen den Verkehrsteilnehmern.

Herr Wietschorke geht auf den Sachverhalt ein. Eine zeitliche oder jahreszeitliche Beschränkung ist schwer umzusetzen. Kinder bis 8 Jahre dürfen die Fußgängerzone aufgrund ihres Alters befahren. Es gäbe keine gemeldeten Unfälle auf dem Römerplatz. Alternativrouten sind zwar möglich, werden aber nach Meinung der Verwaltung und der AG-Radverkehr nicht angenommen.

AM Hoffmann und AM Mühlbeier gehen auf das Treffen im Juli der AG Radverkehr ein. Hier seien viele Radfahrer abgestiegen und hätten ihre Räder geschoben. Alternativrouten seien nicht umsetzbar.

Die FDP, FWG, CDU und das Bündnis90/Die Grünen befürworten den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Parti appelliert an die Vernunft der Radfahrer und regt an die angebrachten Schilder zu überprüfen und im Einzelfall zu ergänzen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD vom 30.04.2024 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Ja: 16, Nein: 3

Herr Wietschorke erläutert den Antrag der AG Radverkehr, eine Durchfahrt durch den Kurpark unter gewissen Voraussetzungen zu gestatten.

Einzelne Ausschussmitglieder sprechen sich gegen eine Erlaubnis zur Durchfahrt durch den Kurpark aus.

AM Hoffmann bittet ein Schild mit dem Hinweis auf ein Tempolimit von 7 km/h zu installieren.

AM Mühlbeier teilt mit, dass es sich um einen Antrag der Radverkehr AG und nicht um einen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen handele.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der AG Radverkehr, die Kurparkdurchfahrt Schlossgartenstraße – Salinenstraße testweise für den Radverkehr unter der Vorgabe des Rücksichtsgebotes freizugeben, wird zugestimmt. Es erfolgt eine Testphase im 1. Halbjahr 2025. Danach wird die Thematik erneut im Bau- und Entwicklungsausschuss beraten.

Abstimmungsergebnis: Ja: 13, Nein: 5, Enthaltung: 1

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD vom 30.04.2024 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zugestimmt mit Stimmenmehrheit

Ja: 16 , Nein: 3 , Enthaltung: 0 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 5:

Informationen

- Agri PV
- Therme
- Förderung Balkonkraftwerke

- Frau Müller teilt mit, dass zum Thema Agri-PV noch Rahmenbedingungen zu klären seien. Derzeit sei ein Abstimmungsgespräch mit dem DLR ausstehend. Das Thema werde in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Entwicklungsausschusses erneut aufgerufen.
- Herr Wietschorke informiert über den Baufortschritt der Therme. Derzeit sei das Gebäude noch eingerüstet. Im Außenbereich würden letzte Wasserleitungen gelegt. Ebenfalls würden im Innenbereich weitere Stromleitungen installiert. Im Thermalbecken seien die Thermalliegen montiert worden. Der Fliesenleger arbeite ebenfalls im gesamten Objekt. Die Decke im Saunabereich und der Thermalhalle seien montiert worden. Im Bereich der Behandlungsräume erfolgen die Trockenbauarbeiten. Zwischen dem Bestands- und dem Neugebäude erfolgen derzeit die Anarbeitungen. An der Außenhülle sei der Sandsteinsockel montiert.
- Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert über 6 Anträge für die Förderung der Balkonkraftwerke. 4 Anträge hiervon wurden genehmigt. Insgesamt seien 500,- Euro ausgezahlt worden. Die Ausschussmitglieder werden gebeten entsprechend Werbung zu machen.
- Herr Wietschorke erläutert in Bezug auf die weiteren Baumaßnahmen im Rustengut, dass Abstimmungen mit den Stadtwerken erfolgen würden. Die Maßnahme werde gemeinsam ausgeschrieben und beauftragt. Im nächsten Schritt werde ein Planungsbüro für die Ausführungsplanung gesucht. Danach erfolge im nächsten Jahr die Ausschreibung.

Beschluss:Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 6:

Anfragen

- AM Müller teilt mit, dass in Ungstein, insbesondere in der Weinstraße, Kreuzung Brunnengasse, die Verkehrssituation insbesondere für querende Fußfänger gefährlich sei. Herr Wietschorke teilt mit, dass die Verkehrssituation in der Weinstraße immer wieder Thema ist. Maßnahmen sind zum Teil nur schwer umzusetzen, da es sich um eine Bundesstraße handele. Zur Verbesserung der Situation wurden bereits auf den Ortsdurchfahrten Linien aufgebracht, um den Fußgänger- von dem Autoverkehr optisch zu trennen. Die Gesamtsituation werde nochmal geprüft.
- Auf Anfrage von Herrn Schneeganß erläutert Herr Wietschorke, dass die Markierungen in der Beethovenstraße und im Letten erfolgen werde. Die Schilder seien bestellt und würden voraussichtlich in den nächsten 2 Monaten gestellt werden.
- Auf Anfrage von Dr. Ullonska teilt Herr Wietschorke mit, dass „Blitzer“ (elektronische Geschwindigkeitsüberwachung) restriktiv eingesetzt werden würden. Die Stadt Bad Dürkheim sei hierfür nicht zuständig. Die Zuständigkeit für die Geschwindigkeitsüberwachung liege hier bei der Polizeibehörde. Eine Genehmigung von „Blitzern“ wird für unwahrscheinlich gehalten.
- Auf Anfrage von Herrn Kalbfuß teilt Herr Wietschorke mit, dass der Waldweg in der Kaiserslauterer Straße Richtung Sonnenwenstraße derzeit aufgrund vieler Regenereignisse mit Ausschwämmungen gesperrt sei. Der Weg sei in einem schlechten Zustand. Eine Sanierung müsse überwiegend in Handarbeit erfolgen. Die Arbeiten wären mit einem Kostenaufwand von 50.000 – 70.000 Euro verbunden. Fraglich sei in diesem Zusammenhang, wie die Wasserführung künftig optimiert werden könne. Es müsse entscheiden werden, ob und wie der Weg instandgesetzt wird.

Beschluss:Abstimmungsergebnis:

Tagesordnungspunkt 14:

Kindergarten Leistadt
hier: Vergabe der Heizungsarbeiten
Vorlage: 2024/0183/2.2

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert die Beschlussvorlage. Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für die Heizungsarbeiten im Kindergarten Leistadt wird an die Fa. Erwin Wegener aus Westhofen zu einem Angebotspreis in Höhe von € 233.176,62 brutto vergeben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig
Ja: 17 , Nein: 0 , Enthaltung: 2 , Befangen: 0

